

*„Das subjektive Sicherheitsempfinden der Österreicherinnen und Österreicher
in der Krise und ihre Einstellung zu einem
bedingungslosen Grundeinkommen (BGE)“*

*Unterstützt durch Fördergelder des
Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank
(Projektnummer: 18775)*

Projektleitung: Univ.-Prof. Dr. Emmerich TÁLOS
Projektmitarbeit: Mag. Reinhold GUTSCHIK
Dr. Michaela HUDLER-SEITZBERGER
Elias WEISS, BA MA

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Nach der Aufarbeitung projektrelevanter Literatur und Studien sowie der Entwicklung einer Typologie der verschiedenen Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens wurde im Rahmen von 15 qualitativen Expert:inneninterviews und einer für die österreichische Bevölkerung repräsentativen Befragung (schriftlich und online) von 800 Personen im Zeitraum November/Dezember 2022 u.a. den Fragen nachgegangen, wie sich die Corona Pandemie Erfahrung bzw. die Betroffenheit von der Krise sowie ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen – vor allem im Bereich der sozialen Sicherung - in Österreich ausgewirkt hat und welche Erwartungen diese Personen für die Zukunft haben. Von speziellem Interesse war die Frage, ob unser soziales Sicherungssystem ausreichen wird, um die künftigen Herausforderungen zu bewältigen, oder ob es anderer bzw. zusätzlicher Maßnahmen bedarf, um das Sozialsystem nachhaltig zu sichern. In diesem Zusammenhang steht die Einstellung und Haltung der Österreicherinnen und Österreicher zu einem bedingungslosen Grundeinkommen als Instrument der sozialen Absicherung im Fokus der Untersuchung. Rahmenbedingungen und Parameter eines bedingungslosen Grundeinkommens im Fall, dass in Österreich ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden würde, wurden ausgelotet ebenso wie die Folgen eines bedingungslosen Grundeinkommens für Gesellschaft und Wirtschaft. Weiters wurde der Zusammenhang zwischen subjektivem Sicherheitsempfinden, der Betroffenheit von der Corona-Pandemie und ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen sowie der Akzeptanz bzw. der Ablehnung eines bedingungslosen Grundeinkommens untersucht.

In der Folge werden die Ergebnisse der qualitativen Expert:inneninterviews und der repräsentativen Befragung zusammengefasst dargestellt.

Ergebnisse der Expert:inneninterviews

Das bestehende System der sozialen Sicherung in Österreich wurde von den 15 interviewten Expert:innen in Summe positiv bewertet. Grundsätzlich anerkennend zu den bisherigen Leistungen des Sozialstaats äußerten sich auch jene, die sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen aussprachen.

Das Sicherungssystem stelle ein umfassendes und engmaschiges Netz dar, das über lange Zeit gewachsene Kompetenz besitze und wesentlich zur Vermeidung von Armut beitrage. Zur Frage, wie effektiv das System Armut tatsächlich vermeidet, gingen die Ansichten im Sample allerdings auseinander.

Insbesondere die Komponente der Sozialversicherung mit ihrem Umlageverfahren und ihren zielgerichteten Leistungen für Menschen in sozialen oder wirtschaftlichen Problemlagen wurde mehrfach gewürdigt.

Viel Kritik wurde im Vergleich dazu an der Sozialhilfe geübt. Sie sollte stärker eingreifen, wenn Erwerbstätigkeit und Familie zu wenig Unterstützung bieten. Sowohl das Bedürftigkeitsprinzip als auch die Angst, vorhandenes Vermögen verwerten zu müssen, schrecke jedoch Menschen ab, Sozialhilfe zu beantragen, die eigentlich anspruchsberechtigt wären. Im Vergleich zur heutigen Sozialhilfe würde der früheren bedarfsorientierten Mindestsicherung der Vorzug gegeben.

Von verschiedenen Seiten wurde auch insgesamt infrage gestellt, wie treffsicher das heutige System tatsächlich ist. Einerseits wurden Mängel bei der gezielten Unterstützung bedürftiger Personen geortet, andererseits wurde ein leichtfertiger Umgang mit pauschal ausgeschütteten Unterstützungsleistungen kritisiert.

Eine besondere Herausforderung für das Sicherungssystem bilde die dichte Abfolge von Krisen bzw. die Gleichzeitigkeit verschiedener Krisen. Insbesondere ohnedies benachteiligte Personen würden dadurch noch mehr betroffen, was wiederum den Sozialstaat auf die Probe stelle.

Hinzu kommt die demografische Entwicklung, die vor allem im Bereich der Pensionen sowie in der Gesundheitsversorgung Schwierigkeiten erwarten lasse. In diesem Zusammenhang ist auch die zunehmend kritische Situation in der Pflege zu erwähnen.

Auch der Arbeitsmarkt weise in mehrfacher Hinsicht Probleme auf. Zwischen verschiedenen Gruppen auf dem Arbeitsmarkt bestünden große Unterschiede hinsichtlich Einkommen, sozialem Status und Absicherung. Zwar gebe es ein Potenzial einerseits an Arbeitsmöglichkeiten, andererseits an Arbeit suchenden Menschen, doch gelinge es nur ungenügend, diese beiden Seiten des Arbeitsmarktes miteinander in Übereinstimmung zu bringen.

Zum Thema BGE gingen die Ansichten im Sample weit auseinander. Was die grundsätzliche Befürwortung bzw. Ablehnung eines Grundeinkommens betrifft, war dies zum Teil auch durch die Samplekonstruktion bedingt, doch auch darüber hinaus äußerten sich die Expert:innen im Detail ganz unterschiedlich. Die im Diskurs bestehende Bandbreite an Vorstellungen zum Grundeinkommen fand somit auch in den Interviews ihren Niederschlag. Das betrifft die bevorzugte Höhe eines BGEs, den möglichen Weg zu einer Realisierung, die Frage, welche heute bestehenden Leistungen beibehalten oder durch ein BGE ersetzt werden sollten, inwiefern es insgesamt den Sozialstaat ergänzen oder ersetzen sollte. Die größte Einigkeit bestand darüber, dass ein BGE gegebenenfalls alle Mitglieder der Gesellschaft beziehen können sollten, wobei der ständige Wohnsitz das entscheidende Kriterium wäre.

Bei der Frage der Finanzierung eines BGEs spielt die angestrebte Höhe eine wesentliche Rolle. Den Befürworter:innen eines lediglich partiellen BGEs erschien die Finanzierung mittels eines Staatsfonds oder im Zuge von Einsparungen von Leistungen, die durch ein BGE überflüssig würden, denkbar. Steuerliche Maßnahmen, etwa eine progressive Einkommensteuer, wären zusätzlich vorstellbar.

Um ein existenzsicherndes BGE zu finanzieren, wären hingegen jedenfalls deutliche Eingriffe in das Steuersystem erforderlich. Die zentralen Elemente bilden dabei, je nach Ansatz, Einkommensteuern oder Konsumsteuern. Flankierend könnte – neben Einsparungseffekten – mehr oder weniger umfassend jede Form der Wertschöpfung besteuert werden, um die Finanzierung sicherzustellen.

All diesen Finanzierungsvarianten stehen grundlegende Vorbehalte seitens der BGE-Skeptiker:innen gegenüber: Die Ausgaben würden unterschätzt, die Einnahmen überschätzt, und der finanzielle Aufwand sei in Summe schlicht zu groß. In der Folge würde die Einführung eines Grundeinkommens den bestehenden Sozialstaat infrage stellen, weil zur Finanzierung massive Einsparungen bei dessen Leistungen erforderlich wären.

Diametral gegensätzlich waren zum Teil die Ansichten, wie sich ein BGE auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken würde: mehr Einigkeit in der Gesellschaft oder aber Verschärfung der Spaltungstendenzen, mehr wirtschaftliche Dynamik oder aber ein Rückgang wirtschaftlicher Aktivitäten, höhere Löhne für Arbeitnehmer:innen oder aber Lohnsubventionierung für Unternehmer:innen.

Ob bzw. in welchem Ausmaß ein BGE einen Rückgang der Arbeitsbereitschaft nach sich ziehen würde, war ebenfalls umstritten. Eine generelle Erosion der Arbeitsbereitschaft erwarteten indes auch die dezidierten Skeptiker:innen nicht, wohl aber spürbare Engpässe in einzelnen Branchen. Umgekehrt wurde von den BGE-Befürworter:innen eingebracht, dass ein BGE die Arbeitsmotivation sogar steigern könnte, weil es die Chance auf positive Identifikation mit der Arbeit erhöhe.

Was mögliche Wirkungen eines BGEs im Falle von Krisen wie der Corona-Pandemie betrifft, wurde insbesondere der Sicherheitsgewinn als Vorteil hervorgehoben. Demnach brächte ein BGE nicht nur mehr Sicherheit für die gesamte Bevölkerung, sondern vor allem für Personengruppen, die bislang besonders stark von Krisen bedroht sind.

Ein Nachteil bestehe darin, dass ein BGE eher pauschal als zielgerichtet wirken würde. Daher könnte es im Vergleich zu konventionell-sozialstaatlichen Leistungen einen Verlust an Sicherheit, gerade im Krisenfall, mit sich bringen. Dass ein BGE sich grundsätzlich auch in Krisen als wirksames Mittel erweisen könnte, wurde durchaus eingeräumt, allerdings sei diese Wirksamkeit unsicher, während man im Vergleich dazu mit dem Sozialstaat über intensive Erfahrung verfüge.

Auf das Sicherheitsempfinden könnte sich ein BGE insbesondere in wirtschaftlicher, eventuell auch in sozialer Hinsicht günstig auswirken. Bereits die bedingungslose Gewährung dieses Einkommens an sich würde Sicherheit vermitteln, aber auch die existenzielle Abhängigkeit von der Erwerbsarbeit würde wegfallen, was vor allem heute auf dem Arbeitsmarkt prekarierten Personen zugutekäme.

Auch wenn es das einzelne Mitglied der Gesellschaft grundlegend finanziell absichert, fordert ein BGE von ihm zugleich mehr Eigenverantwortung. Auf diese Weise könnte es auch verunsichernd wirken. In gesundheitlicher Hinsicht wiederum würde es das Sicherheitsempfinden beeinträchtigen, wenn die Einführung eines BGE mit Einschränkungen im Gesundheitsbereich einherginge. Dieser Befund korrespondiert damit, dass vonseiten der BGE-Befürworter:innen gerade eine grundlegende Gesundheitsversorgung wiederholt als jedenfalls erhaltenswürdig bezeichnet wurde.

In welcher Weise sich das Sicherheitsempfinden seinerseits auf die Einstellung zu einem BGE auswirkt, blieb offen: Auf der einen Seite könnten Menschen, die sich heute bereits als gesichert

betrachten, ein BGE befürworten, um diese Sicherheit auch jenen zu garantieren, die sie bislang noch nicht erfahren. Ebendiese Menschen, die heute in Unsicherheit leben, könnten es vornehmlich sein – so die umgekehrte Sichtweise –, die sich der Idee eines BGEs zuwenden, während sie Personen, die heute in Sicherheit leben, womöglich weniger attraktiv erscheint.

Ergebnisse der repräsentativen Befragung

Subjektives Sicherheitsempfinden

Die im Rahmen der Studie schriftlich und online repräsentativ für die österreichische Bevölkerung befragten Personen (N= 800) fühlten sich in sozialen, wirtschaftlichen, persönlichen und gesundheitlichen Sicherheitsbereichen vor der Corona-Pandemie sicherer bzw. abgesicherter als zum Zeitpunkt der Datenerhebung (Nov./Dez. 2022) und befürchten in zwei Jahren noch eine weitere Verschlechterung ihres subjektiven Sicherheitsempfindens.

Es zeigt sich eine zunehmende Verunsicherung, die durch eine zum Zeitpunkt der Datenerhebung aktuelle negative Betroffenheit bzw. die Erwartung negativer Auswirkungen der Corona-Pandemie in den nächsten zwei Jahren, wie beispielsweise Arbeitslosigkeit, Wertverlust von Einkommen oder Pension, noch befördert wird.

Am sichersten fühlen sich die Befragten zum Zeitpunkt der Datenerhebung betreffend Versorgung mit Lebensmitteln, Einkommen, Arbeitsplatz sowie medizinische Versorgung.

Die größte Unsicherheit empfinden sie hinsichtlich der Stabilität der Regierung, der Sicherheit der Ersparnisse vor Inflation, der Sicherheit vor Flüchtlingsströmen, unkontrollierter Zuwanderung und Klimawandel.

Frauen sind in persönlichen Bereichen und in den Bereichen Sicherheit vor Seuchen und Pandemien, vor Umweltkatastrophen, vor Bedrohung durch Terroristen sowie vor nuklearen Katastrophen stärker verunsichert als Männer.

Junge Menschen bis 35 Jahre fühlen sich in persönlichen, gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen unsicherer und ältere Personen ab 66 Jahren zumeist sicherer. Junge empfinden in sozialen Bereichen, die ihre Existenz betreffen, die größte Unsicherheit.

Hinsichtlich Bildung sind keine Unterschiede im Sicherheitsempfinden zu verzeichnen.

Pensionist:innen fühlen sich in sozialen und wirtschaftlichen Bereichen sicherer, selbständig Erwerbstätige und nicht Erwerbstätige unsicherer.

Personen, die im letzten Jahr Geld auf die Seite legen konnten, empfinden mehr Sicherheit in sozialen und wirtschaftlichen Bereichen verglichen mit jenen, die schlechter mit dem Einkommen auskommen konnten. Auch sehen sie sich abgesicherter, was die Sicherheit davor, Opfer eines Verbrechens zu werden, sowie die Sicherheit vor militärischer Bedrohung betrifft.

Befragte, die gesundheitlich sehr beeinträchtigt sind, fühlen sich in den Bereichen medizinische Versorgung, finanzielle Sicherung bei Arbeitslosigkeit, der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln, der Sicherheit davor, nicht Opfer eines Verbrechens zu werden, sowie Arbeitsplatzsicherheit weniger sicher.

Sicherheitsverlustempfinden

Im Mittel wird in allen abgefragten Lebensbereichen ein Sicherheitsverlust wahrgenommen und auch für die Zukunft erwartet.

Den größten Sicherheitsverlust verzeichnen die Befragten in den Bereichen Sicherheit der Ersparnisse vor Inflation, der Versorgungssicherheit mit Energie, der Sicherheit vor einer Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Stabilität der Regierung.

Die geringsten Verluste werden im Bereich der sozialen Sicherheit, der finanziellen Sicherung bei Unfall, im Krankheitsfall, bei Arbeitslosigkeit, Notlage und der Arbeitsplatzsicherheit wahrgenommen. Das soziale Netz scheint trotz einiger Lücken in den letzten zwei Jahren einigermaßen gehalten zu haben. Die Befragten zeigen sich relativ zufrieden damit.

Differenziert nach soziodemografischen Merkmalen ergibt sich folgendes Bild:

Frauen nehmen bezüglich der Sicherheit vor Seuchen und Pandemien einen größeren Sicherheitsverlust wahr als Männer.

Jüngere Menschen verzeichnen weniger Sicherheitsverlust bezüglich Sicherheit vor unkontrollierter Zuwanderung, vor Flüchtlingsströmen und der Stabilität der Regierung.

Bei der finanziellen Sicherung im Krankheitsfall und bei Notlage empfinden Personen, die in ihren täglichen Aktivitäten durch chronische gesundheitliche Probleme, Krankheiten oder Behinderungen sehr beeinträchtigt sind, die größten Sicherheitsverluste.

Einen geringeren Sicherheitsverlust als jene, die ein schlechteres Auskommen mit dem Einkommen haben, weisen Personen, die im letzten Jahr Geld auf die Seite legen konnten, in folgenden Bereichen auf: finanzielle Sicherung im Krankheitsfall, bei Unfall, Arbeitslosigkeit, Notlage, der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln und der Sicherheit davor, nicht Opfer eines Verbrechens zu werden, Arbeitsplatzsicherheit, sicheres Einkommen, Sicherheit vor einer Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Sicherheit vor unkontrollierter Zuwanderung.

Jene Personen, die von der Corona-Pandemie und ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen negativ betroffen sind, nehmen einen größeren Sicherheitsverlust bezüglich der finanziellen Sicherung bei Unfall, eines sicheren Einkommens, der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln sowie der Sicherheit vor militärischer Bedrohung wahr als die, die nicht betroffen sind.

Im Hinblick auf ein sicheres Einkommen, die Sicherheit vor unkontrollierter Zuwanderung und vor Flüchtlingsströmen sowie die Sicherheit, nicht Opfer eines Verbrechens zu werden, empfinden Personen, die negative Auswirkung von der Corona-Pandemie und ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen in den nächsten zwei Jahren erwarten, einen größeren Sicherheitsverlust als jene, die mit keinen Auswirkungen rechnen.

Die geringsten Sicherheitsverluste werden künftig in den Bereichen Stabilität der Regierung, der Sicherheit vor Seuchen und Pandemien, vor unkontrollierter Zuwanderung und der Ersparnisse vor Inflation erwartet, die größten bei der Alterssicherung durch Pension, der Versorgung im Pflegefall, der Versorgungssicherheit mit Energie und Lebensmitteln.

Beurteilung des Sozialsystems

Nur ein Viertel der Befragten geht davon aus, dass das Sozialsystem in seiner jetzigen Form in der Lage sein wird, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

42% denken, dass unser Sozialsystem, das durch Erwerbsarbeit finanziert und legitimiert wird, nicht mehr der heutigen Gesellschaft entspricht. Lediglich 25% meinen, unser jetziges Sozialsystem sei gut und es gibt keinen Grund zur Verbesserung.

Demgegenüber steht ein Anteil von rund 80% und mehr, der eine Verbesserung der finanziellen Absicherung bei Pflegebedarf, im Alter, bei chronischer Krankheit und Notlage sowie die Armutsbekämpfung als (sehr) wichtig erachtet. Nur etwas mehr als einem Drittel ist die Kürzung des Arbeitslosengeldes ein Anliegen. Diese Ergebnisse weisen deutlich auf einen Verbesserungsbedarf des Sozialsystems hin.

Über zwei Drittel sehen eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft in der Spaltung in Gewinner und Verlierer.

45% der Befragten gehen von einer Verschlechterung ihres Lebensstandards in den nächsten zwei Jahren aus, lediglich 9% erwarten eine Verbesserung.

78% teilen die Ansicht, dass der Staat dafür sorgen muss, dass man auch bei Krankheit, Notlage, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat - ein eindeutiges Bekenntnis zum Sozialstaat. Ungeachtet dessen meinen 49%, dass jeder Mensch für sich selbst sorgen muss. Aber sogar ein Teil dieser Personen tritt im Bedarfsfall für eine staatliche soziale Absicherung ein.

Aktuelle Betroffenheit von der Corona-Pandemie und ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen

28% der befragten Österreicherinnen und Österreicher sind von der Corona-Pandemie und ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen negativ betroffen, 7% (eher) positiv und 62% geben an, nicht betroffen zu sein. Als negative Folgen werden hauptsächlich Stress und Einsamkeit, geringeres Einkommen bzw. geringere Pension sowie Wertverlust von Einkommen oder Pension genannt.

Jüngere Menschen bis 35 Jahre bezeichnen sich häufiger sowohl als positiv als auch als negativ betroffen, ältere ab 66 Jahren bzw. Pensionist:innen als nicht betroffen.

Selbständige sind vermehrt sowohl negativ als auch positiv betroffen.

Gehäuft negativ betroffen sind auch Personen, die in ihren täglichen Aktivitäten durch chronische gesundheitliche Probleme, Krankheiten oder Behinderungen beeinträchtigt sind.

Als nicht betroffen bezeichnen sich öfter Menschen, die Geld auf die Seite legen konnten. Jene, die mit dem Einkommen nicht auskommen konnten, fühlen sich vermehrt negativ betroffen.

Menschen, die in den nächsten zwei Jahren für sich persönlich negative Auswirkungen der Corona-Pandemie und ihrer sozialen und wirtschaftlichen Folgen erwarten, fühlen sich häufiger aktuell negativ von der Corona-Pandemie betroffen. Diejenigen, die keine Auswirkungen in den nächsten zwei Jahren erwarten, sind auch aktuell häufiger nicht betroffen. Personen, die positive Auswirkungen erwarten, sind vermehrt von der Pandemie aktuell positiv betroffen.

Personen mit guten Arbeitsmarktaussichten sind von der Corona-Pandemie häufiger positiv betroffen, jene mit schlechten gehäuft negativ.

Öfter positiv von der Corona-Pandemie betroffen sind auch Befragte, die mit einer Verbesserung des Lebensstandards in den nächsten zwei Jahren rechnen. Die Personen, die von einer Verschlechterung ausgehen, geben häufiger an, negativ betroffen zu sein.

In zwei Jahren erwartete Auswirkungen der Corona-Pandemie und ihrer sozialen und wirtschaftlichen Folgen

29% der untersuchten Personen rechnen in zwei Jahren mit (eher) negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie und ihrer sozialen und wirtschaftlichen Folgen, 6% mit (eher) positiven und 59% mit keinen Folgen. Am häufigsten befürchten die Personen einen Wertverlust von Einkommen bzw. Pension, ein geringeres Einkommen oder eine geringere Pension.

Jüngere sowie nicht erwerbstätige Menschen erwarten in den nächsten zwei Jahren häufiger Folgen der Corona-Pandemie, seltener keine. Ältere gehen häufiger von keinen Auswirkungen aus.

Gesundheitlich Beeinträchtigte befürchten vermehrt negative Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Menschen, die im letzten Jahr Geld sparen konnten, antizipieren häufiger keine Auswirkungen und die, die schlechter mit dem Einkommen auskommen können, negative.

Diejenigen mit guten Arbeitsmarktchancen rechnen häufiger mit positiven Auswirkungen, die mit weniger guten öfter mit negativen.

Menschen, die in den nächsten zwei Jahren eine Verbesserung des Lebensstandards erwarten, hoffen vermehrt auf positive Auswirkungen der Corona-Pandemie in den nächsten zwei Jahren. Jene, die von einem Gleichbleiben ausgehen, sehen häufiger keinen Auswirkungen entgegen. Jene Menschen, die eine Verschlechterung des Lebensstandards befürchten, sehen sich häufiger mit negativen konfrontiert.

Interviewte, die meinen, dass die Gesellschaft radikal geändert werden muss, erwarten vermehrt negative Auswirkungen der Pandemie, jene, die glauben, die Gesellschaft muss zu früheren Werten zurückfinden, seltener positive.

Menschen, die von der Corona-Pandemie negativ betroffen sind, gehen auch in Zukunft häufiger von negativen Auswirkungen aus. Die, die nicht betroffen sind, rechnen öfter mit keinen Folgen. Befragte, die positiv von der Corona-Pandemie und ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen betroffen sind, hoffen auch künftig vermehrt auf positive Auswirkungen.

Zusammenhang zwischen subjektivem Sicherheitsempfinden und der aktuellen und erwarteten Betroffenheit von der Corona-Pandemie und ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen

Es kann ein Zusammenhang zwischen der aktuellen und erwarteten Betroffenheit von der Corona-Pandemie und dem aktuellen, früheren und künftig erwarteten Sicherheitsempfinden nachgewiesen werden. Verunsicherung geht mit negativer Betroffenheit einher. Positive Betroffenheit hängt mit Sicherheitsempfinden zusammen.

Akzeptanz und Ablehnung eines bedingungslosen Grundeinkommen

Etwas mehr als die Hälfte der befragten Österreicherinnen und Österreicher, 52%, spricht sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus, 15% sind unentschieden und 28% dagegen.

Dafür, dass in Österreich ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt wird, sind 60% der Befragten.

Im Fall, dass in Österreich ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden würde, haben die Österreicherinnen und Österreicher schon relativ konkrete Vorstellungen hinsichtlich der Modalitäten des Bezugs und der Rahmenbedingungen.

Die meisten Befragten (44%) sprechen sich dafür aus, dass österreichische Staatsbürger:innen ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten sollten, im Falle, dass in Österreich ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden würde.

Am häufigsten sind die Österreicherinnen und Österreicher der Ansicht, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen eine Geldleistung bzw. eine Geldleistung und eine Sachleistung sein sollte und dass es monatlich bezogen werden soll.

Bezüglich der Frage, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen zusätzlich zu anderen Einkommen ausbezahlt werden oder ob es andere Einkommen bis zur Höhe des Grundeinkommens ersetzen sollte, nehmen die Befragten eine geteilte Haltung ein: 42% meinen, es sollte zusätzlich ausbezahlt werden, und 43%, es sollte andere Einkommen bis zur Höhe des Grundeinkommens ersetzen.

Hinsichtlich der Höhe eines bedingungslosen Grundeinkommens zeigt sich, dass sich 45% der Befragten für eine Höhe bis zu 1.300,-- Euro aussprechen und 24% für 1.400,-- bis 1.500,-- Euro. 15% sind der Ansicht, es sollte mehr sein.

Am häufigsten wird auf die Frage, ab welchem Alter Erwachsene ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten sollten, „ab 18 Jahren“ (von 38%) bzw. „ab 22 Jahren“ (von 26%) genannt.

62% der Befragten sind der Meinung, dass Jugendliche (ab 14 bis 18 Jahre), und 70%, dass Kinder (bis 14 Jahre) kein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten sollten. Was die Höhe eines bedingungslosen Grundeinkommens für Jugendliche und Kinder betrifft, so wird am öftesten (von 31% der Befragten) „50% des Grundeinkommens von einem Erwachsenen“ angeführt.

79% der befragten Österreicherinnen und Österreicher meinen, dass ein Grundeinkommen jährlich auf Basis statistischer Kennzahlen angepasst werden sollte.

Im Falle, dass in Österreich ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden würde, sprechen sich die Interviewten am häufigsten, mit jeweils 64%, dafür aus, dass das Pflegegeld und

das Gesundheitswesen beibehalten werden sollten, je 60% möchten, dass die Versorgung bei Unfall sowie die Kinderbeihilfe beibehalten wird, je 58%, dass Pension und Bildung bleiben, und 57%, dass das Krankengeld bleibt.

Ersetzt werden sollten bei Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Österreich die Sozialhilfe (am häufigsten, von 54%, genannt), die Notstandshilfe (von 51% genannt), das Arbeitslosengeld (von 45% genannt) und die Ausgleichszulage (von 35% genannt).

Als Finanzierungsmöglichkeiten werden am häufigsten, von 46% der interviewten Personen, eine Luxussteuer genannt, von 38% eine Steuer auf Spekulationsgewinne, von 31% Steuern auf Vermögen, von 28% eine höhere Einkommenssteuer besser Verdienender, von jeweils 26% Einsparungen bei Wegfall bestimmter Sozialleistungen und freiwerdende Finanzmittel durch Verwaltungsreduktion bei Wegfall bestimmter Sozialleistungen, von je 25% eine Solidarabgabe besser Verdienender bzw. eine Digitalsteuer und von je 21% eine Erbschaftssteuer und eine Finanztransaktionssteuer genannt.

20% der Befragten sind der Überzeugung, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht finanziert werden kann.

Eingeführt sollte ein bedingungsloses Grundeinkommen nach Meinung von 41% der Befragten per Stichtag werden, und 58% möchten, dass über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens mittels Volksabstimmung entschieden wird. 49% sprechen sich dafür aus, dass ein Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Verfassung verankert wird, damit es nicht einfach wieder abgeschafft werden kann.

Für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Österreich treten 60% der befragten Menschen ein, für eine Einführung im deutschsprachigen Raum 40% und für ein bedingungsloses Grundeinkommen in der EU 44%. 16% meinen, dass es nur in bestimmten Regionen und 29%, dass es weltweit eingeführt werden sollte.

40% der Befragten sehen auch Vorteile eines bedingungslosen Grundeinkommens beim Bewältigen von Krisen (wie beispielsweise der Krise durch die Corona-Pandemie). Rund die Hälfte hält ein bedingungsloses Grundeinkommen auch in einer kapitalistischen Gesellschaft für möglich.

Gegner:innen eines bedingungslosen Grundeinkommens sind eher älter und konnten im letzten Jahr Geld auf die Seite legen.

BGE-Gegner:innen meinen vermehrt, dass unsere Gesellschaft zu früheren Werten zurückfinden muss, unser Sozialsystem in Ordnung ist und jeder für sich selbst sorgen muss. Interessanterweise würden sie, im Falle, dass ein BGE eingeführt werden würde, häufiger nicht mehr arbeiten.

Befürworter:innen eines bedingungslosen Grundeinkommens halten häufiger Verbesserungen des Systems der sozialen Sicherheit für wichtig, würden sich häufiger sicherer fühlen, wenn sie ein bedingungsloses Grundeinkommen zur Verfügung hätten, meinen vermehrt, dass die Gesellschaft radikal geändert, sowie, dass die Gesellschaft schrittweise durch Reformen verbessert werden muss. Sie lehnen öfter die Aussagen ab, dass das jetzige Sozialsystem gut ist und es keinen Grund zur Verbesserung gibt, sowie, dass bezahlte Arbeit mehr wert ist als unbezahlte. Sie sind öfter der Ansicht, dass unser Sozialsystem, das durch Erwerbsarbeit finanziert und legitimiert wird, nicht mehr der heutigen Gesellschaft entspricht. Diese Personen teilen vermehrt die Ansicht, dass der Staat dafür sorgen muss, dass man auch bei Krankheit, Notlage, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat.

Was die Sicherheit vor unkontrollierter Zuwanderung betrifft, halten sich BGE-Befürworter:innen häufiger für abgesichert, Gegner:innen eines bedingungslosen Grundeinkommens vermehrt für nicht abgesichert.

Zusammenhang zwischen der Akzeptanz bzw. Ablehnung eines bedingungslosen Grundeinkommens und dem subjektiven Sicherheitsempfinden, dem wahrgenommenen und erwarteten Sicherheitsverlust sowie der aktuellen und erwarteten Betroffenheit von der Corona-Pandemie und ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen

Die Einstellung zu einem bedingungslosen Grundeinkommen zeigt kaum einen Zusammenhang mit dem subjektiven Sicherheitsempfinden sowie mit dem wahrgenommenen und erwarteten Sicherheitsverlust. Auch zwischen der Akzeptanz bzw. der Ablehnung eines BGEs und der zum Zeitpunkt der Datenerhebung aktuellen sowie der erwarteten Betroffenheit von der Corona-Pandemie und ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen können keine nennenswerten Korrelationen festgestellt werden. Die Haltung zu einem bedingungslosen Grundeinkommen ist gleichsam unabhängig vom subjektiven Sicherheitsempfinden in den abgefragten Bereichen sowie der aktuellen und erwarteten Betroffenheit von der Corona-Pandemie und ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen.

Die Akzeptanz eines bedingungslosen Grundeinkommens hängt dagegen mit der Bedeutung von Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation und der Zustimmung zu den Aussagen, dass unser Sozialsystem, das durch Erwerbsarbeit finanziert und legitimiert wird, nicht mehr der heutigen Gesellschaft entspricht, sowie, dass der Staat dafür sorgen muss, dass man auch bei Krankheit, Notlage, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat, zusammen.

Negative Korrelationen zeigen sich zwischen Akzeptanz eines BGEs und der Wichtigkeit der Kürzung des Arbeitslosengeldes sowie der Zustimmung dazu, dass das jetzige Sozialsystem gut ist und es keinen Grund zur Verbesserung gibt, sowie, dass jeder Mensch für sich selbst sorgen muss.

Zusammengefasst bedeutet das, dass die Akzeptanz bzw. Ablehnung eines bedingungslosen Grundeinkommens mit der Haltung zum Sozialstaat und zur staatlichen sozialen Sicherung, der Leistungs- bzw. Sozialorientierung zusammenhängt.

Folgen eines BGEs für die Gesellschaft und Wirtschaft

Stellt man die positiven und die negativen Folgen eines bedingungslosen Grundeinkommens gegenüber, zeigt sich, dass positive Auswirkungen etwas häufiger genannt werden als negative. Dennoch besteht trotz all der positiven Effekte, die einem bedingungslosen Grundeinkommen zugestanden werden, wie, dass es finanzielle Sicherheit gibt, Belastungen reduziert, Kinderbetreuung erleichtert und eben die Existenz und die gesellschaftliche Teilhabe sichert etc., die Befürchtung, dass Fremde ins Land kommen, um ein BGE zu beziehen, und dass niemand mehr unbeliebte, schmutzige, gefährliche und schlecht bezahlte Arbeit verrichten möchte, dass Steuern erhöht werden und dass die Menschen ermutigt werden, nicht zu arbeiten.

Die Mehrheit der Österreicher:innen (73%) gibt an, dass sie im Fall, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden würde, weiterarbeiten würden wie bisher. Ca. ein Fünftel der Befragten würde die Arbeitszeit reduzieren und nur 3% würden nicht mehr arbeiten. Damit wäre das Argument, dass im Falle, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden würde, keiner mehr arbeiten würde, entkräftet.

Die befragten Österreicher:innen stehen einem bedingungslosen Grundeinkommen ambivalent gegenüber. Sie erkennen einerseits die positiven Auswirkungen, die ein bedingungsloses Grundeinkommen haben kann, befürchten aber andererseits, dass ein BGE dazu führt, dass niemand mehr arbeitet und Fremde ins Land kommen, um ein BGE zu beziehen. Letzterem würde teilweise entgegengewirkt werden, wenn ein bedingungsloses Grundeinkommen auf EU-Ebene eingeführt werden würde, wofür sich 44% der Befragten aussprechen.

Die befragten Österreicherinnen und Österreicher bekennen sich eindeutig zum Sozialstaat, zur staatlichen sozialen Absicherung. Es wird jedoch ein Bedarf geortet, unser Sozialsystem weiterzuentwickeln, um es zukunftsfit zu machen. Die Herausforderungen, die auf unsere Gesellschaft zukommen, wie beispielsweise durch zunehmende Digitalisierung und Automatisierung,

demografischen Wandel, Krisen und vermehrte Teilzeitarbeit, belasten das Sozialsystem und nur mehr 25% meinen, dass das österreichische Sozialsystem in seiner jetzigen Form in der Lage sein wird, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Weiters sind 42% der Meinung, dass die Finanzierung des Sozialsystems durch Erwerbsarbeit nicht mehr der heutigen Gesellschaft entspricht, und nur 57% der Befragten meinen, dass Vollbeschäftigung möglich ist. Die befragten Österreicherinnen und Österreicher halten die Verbesserung der finanziellen Absicherung bei Pflegebedarf, im Alter, bei Krankheit, Notlage und Kinderbetreuung von Alleinerzieher:innen und die Armutsbekämpfung für (sehr) wichtig. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass dringend Reformen notwendig sind, um sicherzustellen, dass alle in ihrer Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe im Bedarfsfall auch künftig gesichert sind und das Sozialsystem krisenfest ist. Dazu sind alternative zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen und zu erschließen.

Das wäre auch ein Signal an die Jugend, die sich sehr verunsichert fühlt. Vor allem die Jugend braucht Sicherheit und das Bewusstsein, dass sich die Gesellschaft um sie kümmert und im Notfall auffängt, damit sie nicht anfällig für Populismus und leere Versprechungen wird. Mehr als zwei Drittel der Befragten sehen eine große Herausforderung der Gesellschaft in der Spaltung in Gewinner und Verlierer.

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen scheint die Zeit noch nicht reif. Obwohl es beachtliche Zustimmung genießt, bestehen auch noch Vorbehalte. Aber zumindest armutsfest sollte unser Sozialsystem sein.

Das Auskommen mit dem Einkommen erschwerend ist noch eine massive Teuerungswelle auf die Menschen in Österreich hereingebrochen. Daher ist rasches Handeln seitens der Politik erforderlich.

Was unsere Gesellschaft betrifft, meinen 39% der Befragten, dass die Gesellschaft schrittweise durch Reformen verbessert werden muss, und ebenso viele, dass die Gesellschaft zu früheren Werten zurückfinden muss. Für eine radikale Änderung der Gesellschaft treten 11% der Befragten ein. Nur 5% halten unsere gegenwärtige Gesellschaft für in Ordnung.